

Das Herrenhaus erledigte eine Reihe kleinerer Vorlagen. Auf eine Interpellation legte Minister von Maxbach die umfassenden Maßregeln der Regierung gegen die

#### Schiffwaffergefahr

dar, die bisher in den westlichen Flussgebieten noch ziemlich glimpflich vorübergegangen ist. Bei der Berathung des Entwurfs über den

#### aufsichtsführenden Amtsrichter

machte die Rede eines Oberlandesgerichtspräsidenten nicht wenig Aufsehen wegen der Erzählung einzelner Fälle von unwürdiger Aufführung von Amtsrichtern im Privatleben. Die Berathung desselben Gegenstandes im Abgeordnetenhaus leitete Justizminister v. Schelling mit einer Rede ein, in der er folgendes betonte: In den Richterstand können sich ebensogut, wie in anderen Berufsweigen, moralisch untüchtige Personen einschleichen. Die in dem Richterstande lebendige Standesehre hat sich aber immer kräftig genug erwiesen, um solche untüchtige Elemente auszumergen. Mit den Disziplinarbefugnissen der Richter hat die gegenwärtige Vorlage absolut nichts zu thun, insbesondere liegt es ihr ganz fern, eine neue Controle über das außeramtliche Verhalten der Richter einzuführen. Sie beschäftigt sich lediglich damit, daß die Aufsicht des aufsichtsführenden Amtsrichters erweitert werden soll, und diese Aufsicht besteht nach der gesetzlichen Definition nur darin, daß der Richter in die Lage gesetzt werden soll, auf die ordnungsmäßige Erledigung der Amtsgeschäfte hinzuwirken. — Die Meinungen aus dem Abgeordnetenhaus über den Entwurf waren getheilt; mehrfach wurde zu Gunsten des Richterstandes Verwahrung gegen jene Herrenhausrede eingelegt. Der Entwurf ging an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Am Schwerinstage wurde eine Interpellation wegen der

#### Auswanderung nach Brasilien

verhandelt. Minister Herrfurth legte dar, wie es in Anbetracht der großen wirtschaftlichen und politischen Nachteile der Massenauswanderung und des Elends, dem sich die Auswanderer vielfach aussetzen, die Staatsregierung für ihre Pflicht halte, dem Auswanderungsieber möglichst entgegenzutreten. Es steht ein Reichsgesetz zur Regelung des Auswanderungswesens bevor, das die Auswanderung natürlich nicht verbieten, aber wahrscheinlich eine einheitliche Controle der Agenturen bewirken und der gewissenlosen Verlockung zur Auswanderung scharfer begegnen wird. In Preußen ist durch das v. d. Heydt'sche Rescript von 1859 die Concessionirung vor gewerbmäßigen Auswanderungsagenten verboten. Das Rescript wird streng gehandhabt, hat aber die Winkelagenturen doch nicht ganz unterdrücken können. Sehr befördert wird das Uebel durch die unglaubliche Leichtgläubigkeit gegenüber abenteuerlichen Vorpiegelungen, während wohlgemeinte Warnungen der Behörden nicht selten Mißtrauen begegnen. Ein sehr wichtiges Mittel zur Belehrung ist die Veröffentlichung von Briefen Ausgewandener, die statt in das erhoffte Eldorado in's Elend gerathen sind.

Am Donnerstag genehmigte das Abgeordnetenhaus den Entwurf über den Höchstbetrag der Hundsteuer und andere kleinere Vorlagen, verwies den Entwurf über die außerordentliche Armenlast an eine Commission und nahm die Vorlage über

#### Einverleibung Helgolands

unverändert an. Der Hohenzollern-Mar, der vom Fels zum Meere flog, er schwebt jetzt auch über dem Felsen im Meere — wie Minister Herrfurth unter allgemeinem Beifall des Hauses jagte.

Schließlich bleibt noch aus den parlamentarischen Commissionen Folgendes hervorzuheben: Die

#### Zuckersteuercommission

des Reichstags hat ihre Berathung ohne Ergebnis beendet, keiner der Vorschläge fand eine Mehrheit. Reichssekretär Freiherr v. Maxbach bezeichnete besonders die Festsetzung von Ausfuhrprämien auf unbegrenzte Zeit als unannehmbar für die verbündeten Regierungen. — In der Abgeordnetenhauscommission für die

#### Landgemeindeordnung

haben sich die Mitglieder der Kartellparteien in den streitigen Punkten auf Anträge geeinigt, die gute Aussicht haben von der Staatsregierung angenommen zu werden. Damit wäre der vor Weihnachten entstandene Zwiespalt beseitigt und diese wichtige Reform der Verwirklichung nahe gerückt. — In der

#### Volksschulcommission

wurde der Vorschlag, auf die nächsten 2 Jahre je 10 Millionen Mark aus den Erträgen der lex Huene für Volksschulbauten vorwegzunehmen, abgelehnt und auch ein anderer Modus für die Aufbringung der Kosten noch nicht gefunden.

### Aus dem Auslande.

Der für Anfang Februar in Aussicht gestellte Besuch des

#### österreichischen Thronfolgers

Erzherzogs Franz Ferdinand in St. Petersburg hat den Blättern wiederum Anlaß zu Erörterungen über den Dreibund geboten. In-

besondere sind es panslavistische Blätter, welche daran weitgehende politische Betrachtungen knüpfen, indem sie den hiermit documentirten freundschaftlichen Beziehungen

#### Rußlands

und Oesterreich-Ungarns gegenüber gewissermaßen Deutschland als diejenige Macht hinstellen, die den Frieden zu gefährden suche und doch durch jene Beziehungen daran gehindert werde. Dergleichen Betrachtungen haben irgendwelche Bedeutung nicht; sie zeigen aber, daß die Bemühungen, einen Keil in den Dreibund zu treiben, so gänzlich verfehlt sie auch sind, doch noch nicht zum Stillstand gekommen sind; wenigstens ist das bezüglich jener Presse zu konstatiren. Auch ein deutsches Blatt sieht an dem ganz natürlichen Besuch eine Art Isolirung Deutschlands, welche dadurch entstanden sei, daß die Beziehungen Deutschlands zu Rußland nicht eifrig genug gepflegt seien; Deutschland müsse in Folge dessen innerhalb des Dreibundes in eine Abhängigkeit von Oesterreich gerathen, die nur dann aufgehoben werde, wenn es die Beziehungen zu Rußland besser pflege. Eine solche Auffassung entspricht aber ganz und gar nicht den tatsächlichen Verhältnissen: weder sind die Beziehungen Deutschlands zu Rußland schlechter geworden — wie sehr sie gepflegt worden, beweist der Besuch, den unser Kaiser wieder im Sommer vorigen Jahres in Rußland abgestattet hat —, noch kann von einem Uebergewicht Oesterreichs innerhalb des Dreibundes und noch weniger von einer Annäherung Oesterreichs und Rußlands auf Kosten Deutschlands die Rede sein. Deutschland kann mit einer freundlichen Gestaltung der Beziehungen Rußlands und Oesterreichs nur zufrieden sein und erblickt in dem Besuch des österreichischen Thronfolgers, der sich hiermit als solcher bei dem russischen Hofe einführt, nur ein erfreuliches Zeichen dieser Beziehungen, die weder für Deutschland noch für die Welt etwas Bedrückendes haben: sie können den friedlichen Zielen des Dreibundes nur zu Statten kommen.

Mißtrauen ist auch wieder von anderer Seite erregt worden: es wurde das Gerücht verbreitet, daß

#### England und Oesterreich

ein Abkommen wegen Besetzung Salonichs durch Oesterreich abgeschlossen hätten. Dieses Gerücht ist nun sowohl von österreichischer wie von englischer Seite vollständig widerlegt worden; speciell hat der englische Premier dem türkischen Botschafter in London gegenüber erklärt, daß eine solche Convention mit der Politik Englands unvereinbar sein und geradezu im Widerspruch zu derselben stehen würde.

#### Das österreichische Abgeordnetenhaus

ist aufgelöst, die Neuwahlen sind für Anfang März anberaumt worden. Ueber den Grund der Auflösung wird von der amtlichen Wiener Zeitung angegeben, daß die Lösung der inneren Aufgaben ein neues Parlament erfordern, da die Majoritätsverhältnisse in dem alten schwierig und zweifelhaft geworden seien: es wird erhofft, daß sich eine starke Majorität finden werde, welche eine kräftige, legislative Thätigkeit entfalten und eine feste Schutzwehr gegen unpatriotische, extreme Bestrebungen bilden werde. Es scheint, als ob die Thatsache, daß der Ausgleich im böhmischen Landtag wegen der gegensätzlichen Parteibestrebungen und Uneinigkeiten in's Stocken gerathen ist, den Anstoß zu der Action gegeben habe und daß den Parteien bei den Wahlen des Reichsparlaments Gelegenheit gegeben werden soll, den Ausgleichsgedanken jetzt auch über dessen engeren Rahmen hinaus kräftig zu fördern. — Der böhmische Landtag ist geschlossen worden.

#### In

#### Paris

hat die Commission der Deputirtenkammer den mit Dahomey abgeschlossenen Friedensvertrag als für die französischen Interessen nicht ausreichend erklärt und beantragt, ihn an die Regierung zurückzuberweisen. Sollte die Kammer diesem Beschluß beitreten, so würde dies, wie der „Paris“ meint, eine Niederlage der gesammten Regierung bedeuten. Heftige Scenen gab es in der Kammer wegen des Verbots der Aufführung des Sardouschen Thernidor, eines Stückes, in dem die Radikalen eine scharfe Satire gegen die große Revolution erblickten. Die Minister Bourgeois und Constans begründeten das Verbot ausschließlich mit der Rücksicht auf Erhaltung der öffentlichen Ordnung. Clemenceau erklärte, die Revolution sei ein Ganzes, und wer einen Theil derselben angreife, greife das Ganze an. Er und seine Freunde würden die Revolution nicht beschimpfen lassen. Auf einen Zwischenruf von der Rechten wandte sich Clemenceau gegen dieselbe mit den Worten: „Ihre Vorfahren waren während der Revolution in den Reihen der Feinde Frankreichs!“ Graf de Mun fragte die Regierung, ob sie die von Clemenceau vorgebrachten Theorien theile und dadurch Frankreich in zwei Lager spalten wolle. Ministerpräsident Freycinet erwiderte, diese Frage sei fast beleidigend, die Regierung bewahre die Errungenschaften der Revolution und sei nur an der Seite derjenigen zu finden, welche diese Gesinnung theilten. Man werde nicht annehmen, daß die Regierung die Ausschreitungen der Schreckensherrschaft billige.